Wir erhalten die Trauernachricht, dass unser treuer Mitarbeiter der

Wärter Hermann Bühler

von Landeck am 9. Oktober 1918 auf dem Felde der Ehre gefallen ist. Wir werden sein Andenken in Ehren halten.

Emmendingen, den 4. November 1918.

Gr. Direktion der Heil- u. Pflegeanstalt Haardt.

Arbeiterinnen

gesucht. 3881

C. A. Ringwald,
Rohtabakgrosshandlung, Emmendingen.

Damen-Hüte

Ich empfehle

Damenhüte, Federn u.s.w.

zu bedeutend herabgesetzten Preisen.

Oskar Falst,
Emmendingen beim Rebstock.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und die vielen Blumenspenden, die uns bei dem schmerzlichen Verluste unseres nun in Gott ruhenden geliebten Sohnes und Bruders

Hermann Schneider

der am 2. November beerdigt wurde, und am 3. November bei der Beerdigung unseres nun dahingeschiedenen innigstgeliebten guten Gatten und Vaters

Joh. Georg Schneider

Pächter des Gemeindehofes auf dem Schillingerberg und Waldhüter

entgegengebracht wurden, sagen wir allen unseren herzlichsten Dank. Besonders danken wir Herrn Forstmeister Bauer, sowie dem Waldhüter-Verein für die Teilnahme, ferner Herrn Pfarrer Zimmermann für die zu Herzen gehenden und tröstenden Leichenreden.

Reichenbach-Schillingerberg, den 4. November 1918.

Im Namen aller trauernden Hinterbliebenen:
Joh. Georg Schneider, z. Zt. in Urlaub.

Statt besonderer Anzeige.

Verwandten, Freunden und Bekannten die schmerzliche Mitteilung, dass durch Gottes unerforschlichen Ratschluss mein lieber treubesorgter Gatte, unser Vater, Schwiegervater, Grossvater, Bruder, Schwager und Onkel

Karl Reitzel

zum „Hirschen" in Denzlingen

durch Schlaganfall in seinem 62. Lebensjahre unerwartet aus diesem Leben abgerufen wurde.

Denzlingen, den 4. November 1918.

In tiefem Schmerze:
Wilhelmine Reitzel geb. Nibling
Familie Emil Hirsch z. Hirschen, Waldstadt i. Br.
„ Hugo Reitzel, Aigle (Schweiz)
„ Otto Reitzel
„ Otto Martin
„ Otto Bassinger
Elise Reitzel und 10 Enkelkinder.

Die Beerdigung findet Donnerstag nachmittags 3 Uhr statt.

Todes-Anzeige.

Verwandten, Freunden und Bekannten machen wir tieferschüttert die traurige Mitteilung, daß nach Gottes unerforschlichen Ratschluss gestern Abend 5 Uhr meine liebe, gute, treubesorgte Gattin, unsere so liebe Tochter und Schwester, Schwägerin und Tante

Helene Sutter

geb. Gänshirt

im Alter von 25 Jahren, wohlvorbereitet und gestärkt mit den Tröstungen unserer heiligen Kirche, nach kurzer, schwerer Krankheit sanft im Herrn entschlafen ist.

Reute, den 5. November 1918.

In tiefer Trauer:
Karl Sutter, Bahnarbeiter
Familie Gänshirt, z. Adler, Wasser

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 7. November Vormittag 1/2 10 Uhr in Reute statt.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei dem Hinscheiden unseres unvergesslichen Sohnes, Bruders und Schwagers

Ernst Wolf

Spediteur

für die überaus reichen Blumenspenden, die zahlreiche Begleitung von nah und fern zur letzten Ruhestätte, die trostreichen Worte am Grabe des Herrn Stadtpfarrer Braus, den verehrten Krankenschwestern für ihre aufopfernde Pflege und die prompte Auszahlung des Sterbegeldes durch den Städtischen Krankenverein und den evang. Arbeiterverein sagen wir allen herzlichen Dank.

Emmendingen, den 6. November 1918.

Die trauernden Hinterbliebenen:
Georg Wolf und Frau, geb. Kern, amtl. Güterbestätterei
Familie Heinrich Bühler, Eisenbahnsekretär
Adolf Wolf, z. Zeit im Felde
Emilie Wolf
Emma Wolf
Karl Wolf.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei dem Verluste unserer nun in Gott ruhenden lieben Mutter, Tochter, Schwester und Schwägerin

Christine Böcherer

für die zahlreiche Begleitung von nah und fern zu ihrer letzten Ruhestätte sagen wir allen herzlichen Dank. Besonders danken wir Herrn Pfarrer Leininger für die trostreiche Leichenrede.

Sexau, den 6. November 1918.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Breisgauer Nachrichten

Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- u. Feiertage.
Bezugspreis: durch die Post frei ins Haus Mk. 2.27 das Vierteljahr, durch die Austräger frei ins Haus 90 Pfg. den Monat.
Anzeigenpreis: die einspalt. Kleinzeile oder deren Raum 20 Pfg., bei öfterer Wiederholung entsprechender Nachlaß, im Reklameteil die Zeile 40 Pfg. Bei Platzvorschrift 20% Zuschlag. Beilagengebühr das Tausend 6 Mk.
Telegramm-Adresse: Dölter, Emmendingen.

Verkündigungsblatt der Stadt Emmendingen.

Beilage:
Amtliches Verkündigungsblatt des Amtsbezirks Emmendingen und der Amtsgerichtsbezirke Emmendingen und Kenzingen.
Verbreitet in den Amtsbezirken Emmendingen (Kenzingen), Breisach, Ettenheim, Waldkirch und am Kaiserstuhl.

Wochen-Beilagen:
Amtliches Verkündigungsblatt des Amtsbezirks Emmendingen (Amtsgerichtsbezirke Emmendingen und Kenzingen)
Ratgeber des Landmanns (6seitig m. Bildern).
Breisgauer Sonntagsblatt (8seitig m. Bildern).
Monats-Beilage:
Der Wein- und Obstbau im badisch. Oberland, besonders für das Markgräflerland u. den Breisgau.

Fernspr.: Emmendingen 3, Freiburg 1592.

Nr. 260 (Evang.: Erdmann) Emmendingen, Donnerstag, 7. November 1918. (Kath.: Engelbert) 53. Jahrgang

Die Antwort-Note Wilsons.

Berlin, 6. Novbr. (W. B. Amtlich.) Die Antwort auf die letzte Note der deutschen Regierung an den Präsidenten Wilson ist heute hier eingetroffen. Ihr Wortlaut wird heute abend bekannt gemacht werden. Sie enthält die Stellungnahme der verbündeten Mächte zu Wilsons Friedensprogramm, behandelt Ansprüche der Gegner auf Schadenersatz und stellt der deutschen Regierung anheim, mit dem Marschall Foch in Verbindung zu treten.

*

Der Wortlaut der Note.

WTB. Berlin, 6. Novbr. (Amtlich.) Die durch Funkspruch hier eingetroffene Note der Vereinigten Staaten vom 5. November 1918 lautet in der Uebersetzung:

In meiner Note vom 23. Oktober 1918 habe ich Ihnen mitgeteilt, daß der Präsident seinen Notenwechsel den mit den Vereinigten Staaten verbundenen Regierungen übermittelt hat mit dem Anheimstellen, falls diese Regierungen geneigt sind, den Frieden zu den angegebenen Bedingungen und Grundsätzen herbeizuführen, ihre militärischen Ratgeber und die der Vereinigten Staaten zu ersuchen, den gegen Deutschland verbundenen Regierungen die nötigen Bedingungen eines Waffenstillstandes zu unterbreiten, der die Interessen der beteiligten Völker in vollem Maße wahrt und den verbundenen Regierungen die unbeschränkte Macht sichert, die Einzelheiten des von der deutschen Regierung angenommenen Friedens zu gewährleisten und zu erzwingen, wofern sie einen Waffenstillstand vom militärischen Standpunkt für möglich halten.

Der Präsident hat ein Memorandum der alliierten Regierungen mit Bemerkungen über diesen Notenwechsel erhalten, der folgendermaßen lautet:

Die alliierten Regierungen haben den Notenwechsel zwischen dem Präsidenten der Vereinigten Staaten und der deutschen Regierung sorgfältig in Erwägung gezogen. Mit den folgenden Einschränkungen erklären sie ihre Bereitschaft zum Friedensschluß mit der deutschen Regierung auf Grund der Friedensbedingungen, die in der Ansprache des Präsidenten an den Kongreß vom 8. Januar 1918 sowie der Grundsätze, die in seinen späteren Ansprachen niedergelegt sind. Sie müssen jedoch darauf hinweisen, daß der gewöhnlich sogenannte Begriff der Freiheit der Meere verschiedene Auslegungen (Bestimmungen?) einschließt, von denen sie einige nicht annehmen können. Sie müssen sich deshalb über diesen Gegenstand beim Eintritt in die Friedenskonferenz volle Freiheit vorbehalten.

Ferner hat der Präsident in den in seiner Ansprache an den Kongreß vom 8 Januar 1918 niedergelegten Friedensbedingungen erklärt, daß die besetzten Gebiete nicht nur geräumt und befreit, sondern auch wiederhergestellt werden müssen. Die alliierten Regierungen sind der Ansicht, daß über den Sinn dieser Bedingung kein Zweifel bestehen darf. Sie versteht darunter, daß Deutschland für allen durch seine Angriffe zu Lande, zu Wasser und in der Luft der Zivilbevölkerung der Alliierten und ihrem Eigentum zugefügten Schaden Ersatz leisten soll.

Der Präsident hat mich mit der Mitteilung beauftragt, daß er mit der im letzten Teile des angeführten Memorandums enthaltenen Auslegung einverstanden ist. Der Präsident hat mich ferner beauftragt, Sie zu ersuchen, der deutschen Regierung mitzuteilen, daß Marschall Foch von der Regierung der Vereinigten Staaten und den alliierten Regierungen ermächtigt worden ist gehörig beglaubigte Vertreter (?) der deutschen Regierung zu empfangen und sie von den Waffenstillstandsbedingungen in Kenntnis zu setzen.

*

Berlin, 6. Novbr. (W. B. Amtlich.) Die deutsche Delegation zum Abschluß eines Waffenstillstandes und zur Aufnahme von Friedensverhandlungen ist heute nachmittag von Berlin nach dem Westen abgereist.

Berlin, 7. Nov. (Privatt.) Die Kommission, welche heute zu den Waffenstillstandsverhandlungen nach dem Westen abgereist ist, setzt sich aus folgenden Herren zusammen: Staatssekretär Erzberger, General von Guendell, Graf Oberndorff, General von Winterfeldt, Kapitän Vanselow.

*

Berlin, 7. Novbr. Privattelegramm. Damit, daß unsere Feinde in der Hauptsache den Anschauungen Wilsons beigetreten sind, ist die Basis für die Friedensverhandlungen in der Hauptsache, so schreibt die „Germania", so gegeben, wie wir sie uns gedacht hatten. Und es scheint so, daß dies ein Verdienst Wilsons ist, zumal er nicht als unser Freund und nicht als Neutraler gehandelt hat.

Die Berliner „Morgenpost" schreibt, Unsere Regierung betrachtet die neueste Wilsonsnote als gewisse Grundlage für die Durchführung der Waffenstillstandsverhandlungen und den Beginn der Friedensverhandlungen. Das, was wir empfinden, zu sagen, erlasse man uns. Wir haben den Krieg verloren und müssen stark genug sein, die Folgen zu tragen. Bald werden wir sehen, was verwüstet und was es wiederaufzubauen gilt. Unsere Kräfte die uns bleiben, müssen wir auf den Wiederaufbau verwenden. Sie durch Kämpfe im Innern zu zerreiben und zu zersplittern, wäre ein Verbrechen am Volke.

Aufruf an das deutsche Volk.

WTB. Berlin, 6. Nov. (Amtlich.) Der Reichskanzler erläßt folgenden Aufruf an das deutsche Volk: „Präsident Wilson hat heute auf die deutsche Note geantwortet und mitgeteilt, daß seine Verbündeten die 14 Punkte, in denen er seine Friedensbedingungen im Januar ds. Js. zusammengefaßt hatte, mit Ausnahme der Freiheit der Meere zugestimmt haben, und daß die Waffenstillstandsbedingungen durch Marschall Foch mitgeteilt werden. Damit ist die Voraussetzung für die Friedens- und Waffenstillstandsverhandlungen gleichzeitig geschaffen. Um den Blutvergießen ein Ende zu machen, ist die deutsche Abordnung zum Abschluß des Waffenstillstandes und zur Aufnahme der Friedensverhandlungen heute ernannt worden und nach dem Westen abgereist.

Die Verhandlungen werden durch Unruhen und disziplinloses Verhalten in ihrem erfolgreichen Verlauf ernstlich gefährdet.

Ueber vier Jahre hat das deutsche Volk in Einigkeit und Ruhe die schwersten Leiden und Opfer des Krieges getragen. Wenn in der entscheidenden Stunde, in der nur die unbedingte Einigkeit des ganzen Volkes die großen Gefahren für seine Zukunft abwenden kann, die inneren Kräfte versagen, so sind die Folgen nicht abzusehen. Die Aufrechterhaltung der bisher bewährten Ordnung in freiwilliger Mannszucht ist in dieser Entscheidungsstunde die unerläßliche Forderung, die jede Volksregierung stellen muß

Mag jeder Staatsbürger sich der hohen Verantwortung bewußt sein, die er in Erfüllung dieser Pflicht seinem Volke gegenüber trägt.

Der Reichskanzler: Max, Prinz von Baden.

Der deutsche Tagesbericht.

WTB. Großes Hauptquartier, 6. Nov.

Westlicher Kriegsschauplatz:

Infanteriekämpfe in der Schelde-Niederung. Auf dem Schlachtfelde zwischen der Scheide und der Oise haben wir uns vom Gegner abgesetzt. Der Feind, der gestern nach stärkstem Artilleriefeuer seine Angriffe wieder aufnehmen wollte, stieß auf herkömmte Stellungen. Bei seinem weiteren Vorgehen wurde er durch unsere Nachhuten in einzelne Kämpfe verwickelt, die im Walde von Morval und südöstlich von Landrecie größeren Umfang annahmen. Der Feind stand am Abend westlich von Guise. Auch zwischen der Oise und der Maas haben wir größere Bewegungen durchgeführt. Der Gegner ist im Laufe des Tages gefolgt und hat westlich der Aisne die allgemeine Linie Morle—Vizy-le-Gros—Tely erreicht. Oestlich der Aisne standen wir mit ihm nördlich von Le Chesne und westlich von Beaumont in Gefechtsfühlung. Stärkere Angriffe des Feindes auf Beaumont und Lekanne wurden abgewiesen. Südlich von Dun stieß der Amerikaner unter heftigem Feuerschutz über die Maas und dringt in die Waldungen auf den östlichen Maas-Höhen zwischen Milly und Bitesnes ein. Das sächsische Jäger-Regt. Nr. 7 warf den in der Mitte der Kampffront auf Fontaine vordringenden Feind zurück und nahm den Epenoy-Wald wieder.

Die Kämpfe fanden auf dem Kamm der östlichen Maas-Höhen ihren Abschluß. Auf dem Ostufer der Maas schlugen brandenburgische und sächsische Regimenter erneute Angriffe der Amerikaner auf den Höhen östlich von Story und in dem Walde von Etraye ab.

Wir schossen am 4. November 45 feindliche Flugzeuge ab. Oberleutnant Bolle und Leutnant Koeneke erzangen ihren 35. Luftsieg.

Der Erste Generalquartiermeister: Groener.

*

Amtlicher Abendbericht.

WTB. Berlin, 6. November. (Amtlich) Heftige Angriffe nordöstlich von Valenciennes, bei Bavai, bei Aulnoy und an der Sambre konnten die Durchführung der zwischen Selle und Oise eingeleiteten Bewegungen nicht hindern. Von der Oise bis zur Maas keine größeren Kämpfe. Auf dem Ostufer der Maas erneute Angriffe der Amerikaner. Oestlich der Maas konnten wir etwas Boden gewinnen. Im übrigen sind sie gescheitert.

Sonstige Meldungen.

WTB. Berlin, 6. Novbr. (Amtlich.) Die russisch diplomatische Vertretung reiste heute früh mit Sonderzug nach Rußland ab.

Wien, 5. Novbr. (W. B.) Das Wiener Korrespondenzbureau meldet; Auch heute herrscht in Wien und Umgebung Ruhe und Ordnung. Der Leiter der Polizeidirektion übernahm die Oberleitung über sämtliche Schutzmaßnahmen mit dem dazu gehörigen militärischen und zivilen Personal, sodaß die Wahrung der Ordnung immer mehr gewährleistet erscheint. Dies gilt auch bereits von den Bahnhöfen, von denen ein großer Andrang herrscht, da die zurückkehrenden Soldaten in die Heimat zu befördern sind. Der Zivilverkehr ist eingestellt bezw. eingeschränkt. Zu ernsten Störungen der Ordnung kam es heute nicht.

Budapest, 6. Nov. (W. B.) „Pestinaplo" bringt die Nachricht, daß die Ententetruppen Ungarn nicht okkupieren werden. Sie werden sich 15 Kilometer von der Donau und Save entfernt aufstellen. Dieser Entschluß ist darauf zurückzuführen, daß die Entente auf dem Balkan keine überflüssigen Truppen besitzt und daß sie es als überflüssig erachtet, sich durch Okkupation gegen ein Wiederaufleben des Krieges zu schützen, da von den ungarischen Truppen nicht zu befürchten ist, daß neuerlich Feindseligkeiten ausbrechen.

Kiew, 2. Novbr. (W. B.) Die Kiewer Presse erklärte ihre volle Zustimmung zum Schritt der ukrainischen Regierung, das weitere Verbleiben der deutschen Truppen in der Ukraine zu sichern. Die „Nowa Nadai" schreibt, daß die deutschen Truppen auf Anforderung der ukrainischen Regierung nach der Ukraine gekommen sind, um daselbst solange zu bleiben, als es die Regierung wünscht, und daß niemand daran denkt, der Ukraine den Wunsch nach Abberufung legt.

Newyork, 6. November. (Reuter) Die republikanischen Blätter „Newyork Times" und „World" geben zu, daß die Republikaner im nächsten Kongreß die Mehrheit haben werden. „Newyork Times" behauptet, daß die Republikaner im Senat eine Mehrheit von vier und im Repräsentantenhaus eine Mehrheit von neunzehn Vertretern haben werden.

*

Die Züricher Bombenaffäre.

Bern, 3. Nov. Wie von amtlicher schweizerischer Seite mitgeteilt wird, hat die deutsche Regierung den Generalkonsul und den Vizekonsul des deutschen Generalkonsulats in Zürich wegen der sogenannten Züricher Bombenaffäre abberufen. Durch Urteil des Bundesgerichts in der Strafsache gegen den Italiener Andrei und den deutschen Konsulatsbeamten Rudolf Enzeimann vom 10. Oktober 1918 war festgestellt worden, daß aufrührerische Druckschriften, Waffen, Munition und Sprengbomben unter Mitwirkung eines Angestellten und durch Benutzung des Kuriers des deutschen Generalkonsulats in Zürich von Deutschland nach Zürich befördert und in den Räumen des dortigen Generalkonsulats aufbewahrt wurden, um von der Schweiz aus nach Italien versandt zu werden, wo sie revolutionäre Bewegungen hervorrufen und Zerstörungszwecken dienen sollten. Der betreffende deutsche Konsulatsangestellte wurde in Abwesenheit zu 2½ Jahren Gefängnis, zu einer Buße von 5000 Franken und zu lebenslänglicher Landesverweisung verurteilt. Der Bundesrat hat bei der deutschen Regierung energisch Protest erhoben und darauf hingewiesen, welch peinlichen Eindruck diese Vorkommnisse auf das Schweizer Volk und seine Behörden hervorgerufen haben. Die deutsche Regierung hat daraufhin den Generalkonsul Favre und Feure und den Vizekonsul Schultze, denen die Leitung des Ge-

veralkonsulats in Zürich übertragen war, gemäß dem Verlangen des Bundesrats abberufen. Die deutsche Regierung hatte ich von sich aus zu dieser Maßnahme bereit erklärt. — Diese Maßnahme wird in der ganzen Schweiz zweifellos den besten Eindruck machen.

WTB. Bern, 4. Nov. Zum Protest des Bundesrats bei der deutschen Regierung wegen der Zürcher Bombenaffäre schreibt der Berner „Bund": In welschschweizerischen Blättern wurden wegen dieses Falles in den letzten Tagen scharfe Angriffe gegen den deutschen Militärattachee gemacht, und es wurde auch die Abberufung des deutschen Gesandten v. Romberg gefordert. Hierzu ist festzustellen, daß die lange, gründliche Untersuchung und Verhandlung in dieser Sache auch nicht die Spur eines Beweises oder Anhaltspunktes ergab, daß der deutsche Gesandte darum wußte, geschweige, daß er irgendwie daran beteiligt war. Im Gegenteil deuten alle Anzeichen darauf hin, daß die Zürcher Bombenaffäre aus militärischen Unternehmungen und Werkstätten kam. Man wirft dem Gesandten v. Romberg vor, er habe, als in der Presse geschrieben wurde, das Bombenunternehmen falle deutschen Umtrieben zur Last, in den Zeitungen ein Dementi erlassen. Das spricht aber gerade für den guten Glauben. Richtig ist, wie seine Gegner ausdrücklich anerkennen, daß bei den vielen Verhandlungen und Vereinbarungen, die mit Deutschland zu führen und zu schließen waren, sich der Gesandte v. Romberg hervorgetan und der Schweiz gegenüber Wohlwollen und Voreingenommenheit bewiesen hat. Jetzt erst wurde offenbar, woher die Widerstände kamen, die der Gesandte zu überwinden hatte. Es war das System der Militärregierung, das überall, insbesondere auch bei den diplomatischen Unterhandlungen seine Forderungen stellte, bis es verabschiedet werden mußte. Wahrheit und Gerechtigkeit heischen diese Feststellung, auch die Ritterlichkeit gegenüber den schweren Schicksalsstunden, in denen sich Deutschland und seine diplomatischen Vertretungen im Ausland zur Zeit befinden.

Eine englische Expedition gegen Südrußland.

Berlin, 4. Nov. (Privatmeldung.) Aus London wird einer Rotterdamer Meldung des B. T. zufolge gemeldet, daß die englische Regierung nach Oeffnung der Dardanellen eine gegen Südrußland gerichtete, von der Küste des Schwarzen Meeres ausgehende Expedition vorbereitet, um den gegenrevolutionären Elementen in Rußland in ihrem Kampfe gegen die Sowjettruppen zum Siege zu verhelfen. Die Operationen im Murmangebiet sollen zwar nicht eingestellt werden, verlieren aber ihre Bedeutung, da der Hauptstoß von Süden her erfolgen soll. Die bereitgestellten englischen Verbände haben die Aufgabe, sich im nördlichen Kaukasus mit den Truppen des Generals Alexejew zu vereinigen und sich gegen Charkow in Marsch zu setzen. Allgemein wird angenommen, daß die Expedition mit Beschleunigung durchgeführt werden kann, weil die Beseitigung der in den Dardanellen gelegten Minen bereits unter türkischer Mitwirkung in Angriff genommen worden ist. Die im Mittelmeer stationierte englische Flotte soll sich an der Expedition beteiligen, um den Transportschiffen den Rückzug zu decken. Die im Schwarzen Meer und in den russischen Häfen operierenden deutschen Einheiten könnten allerdings die Expedition verhindern.

Nochmals Wilsons Friedensvermittlung.

Von Prof. von Schulze-Gävernitz M. d. M.

Soeben von einer dringenden Auslandreise zurückgekehrt, finde ich eine große Anzahl von Anfragen und Angriffen vor, welche mein Artikel in der „Vossischen Zeitung" über Wilsons Friedensvermittlung hervorgerufen hat. Darunter befinden sich insbesondere auch Ausführungen in der „Frankfurter Zeitung" vom 19. Oktober von einer Herrn von Bethmann Hollweg nahestehenden Seite.

1. Man fragt nach „Belegen" und bezweifelt die Richtigkeit meiner Darstellung. Hierauf erwidere ich, daß der Artikel der „Vossischen Zeitung" ein inhaltsgetreuer Auszug aus einem erheblich ausführlichren Artikel war, welchen ich Neujahr 1918 in der „Deutschen Politik" — damals ziemlich unbeachtet — veröffentlicht habe. Bei der Abfassung dieses Artikels war ich mir meiner Verantwortung voll bewußt und bin mit besonderer Sorgfalt Zu Werke gegangen. Ich gab ein Gespräch mit einem dort eingeweihten und deutschfreundlichen Amerikaner wörtlich wieder und lehnte lediglich für den „Stimmungsgehalt" jede Verantwortung ab. Ich meinte damit Sätze wie folgende:

„Jedenfalls können sie versichert sein, daß Wilsons Unterscheidung, er führe den Krieg gegn die deutsche Regierung und nicht gegen das deutsche Volk, subjektiv ehrlich gemeint ist. Der Freiheitsgedanke allein ist es, welcher in unserem Lande den Krieg gegen Deutschland den Schwung verleiht. Diese furchtbare Krieg wäre nicht umsonst geführt, sondern der gebrachten Opfer wert, wenn sein Erfolg der wäre, daß in Rußland wie in Deutschland eine freiheitliche Regierung, das heißt eine Regierung für das Volk und durch das Volk, errungen worden wäre. An diesem Menschheitsziele mitgearbeitet zu haben, ist der Ehrgeiz des Präsidenten, welcher gehofft hat, als Vermittler eines Verständigungsfriedens seinen Namen neben den Namen eines Washington und eines Lincoln der Weltgeschichte einzuschreiben. In Deutschland ist dieses Ziel viel eher zu erreichen als in Rußland, da in Deutschland eine auch von uns vielbewunderte Regierung für das Volk bestand, während in Rußland die Bedingungen einer freiheitlichen Neuordnung zurzeit zu fehlen scheinen."

Dagegen übernahm ich ausdrücklich die Verantwortung für die Richtigkeit der in dem Artikel angeführten Tatsachen. Ich glaubte mich hierzu berechtigt, indem ich meinem Gewährsmann, damit kein Mißverständnis unterlaufe, den Artikel zur wörtlichen Genehmigung unterbreitete, was angesichts der postalischen Schwierigkeiten Monate erforderte. Zugleich aber prüfte ich die Mitteilungen des Amerikaners an der Hand eines eingehenden Gespräches mit demjenigen deutschen Landsmann nach, den ich der Lage der Sache nach für den bestunterrichteten halten mußte, und der jene Mitteilungen in allen wesentlichen Punkten bestätigte. Vorsichshalber ging ich jedoch noch weiter. Um die Kreise unserer auswärtigen Politik nicht zu stören, legte ich den fertigen Artikel dem Auswärtigen Amte vor und erhielt, nachdem einige Wochen vergangen waren, die Druckerlaubnis gezeichnet vom Herrn Staatssekretär selbst. Ist es wohl anzunehmen, daß das Auswärtige Amt, welches doch bestunterrichtet sein muß, in so hoch verantwortlicher Sache

Mitteilungen zum Druck ließ, welche den Tatsachen widersprechen?

2. Man fragt mich, warum ich in der „Vossischen Zeitung" gerade zur jetzigen Zeit auf den Gegenstand zurückgekommen bin? Gewiß nicht, um rückblickend Anklagen vorzubringen, welche in diesem Augenblick zu den überflüssigsten Dingen der Welt gehören. Auch nicht, um die Geschichte der Wilsonschen Friedensvermittlung zu schreiben; denn erst nach dem Friedensschluß ist es Zeit, an die historische Erforschung dieser Geschehnisse, vielleicht auch auf dem Wege einer parlamentarischen Enquete, heranzutreten. Gegenwärtig haben wir Wichtigeres zu tun. Mein Zweck war es, dem deutschen Volke einen, und wie ich überzeugt bin, wahreren Wilson nahezubringen, als denjenigen, welchen die alldeutsche und rechtsstehende Presse als Heuchler, Gauner, Mörder, urteilslosen Gehirnen in ewiger Wiederholung eingehämmert hat. Denn Wilson ist, wie eben die Machtverhältnisse der Welt liegen und wie jeder Kundige seit Jahren voraussah, eben doch der Schiedsrichter des Weltkrieges, diejenige Macht, ohne der gegen welchen unsere Gegner den Krieg nicht fortführen können — für uns schlechthin unbesiegbar, gleichviel ob wir den Krieg jetzt oder in einigen Monaten beenden. Er vertritt als demokratischer Autokrat die größte kriegsindustrielle und militärische Großmacht. Auch Wilson ist ein Mensch und, wie ich Anlaß habe anzunehmen, gegenüber den Schmähungen von unserer Seite nicht ganz unempfindlich. Es galt seinen 1916 zweifellos guten Willen anzuerkennen und damit hüben wie drüben eine Atmosphäre zur Verhandlung zu schaffen.

3. Die Bemerkungen aus dem Kreise Bethmanns in der „Frankfurter Zeitung" enthalten keine wesentlichen Berichtigungen meiner Behauptungen, indem der Artikel feststellt, daß Herr von Bethmann bei Wilson zwar nicht gedrängt, wohl aber „angeklopft" habe.

Es lag mir fern, Herrn von Bethmann einen Vorwurf zu machen, für den ich im Reichstag mit warmen Worten eingetreten war zu der Zeit, als die Geier auf den gefallenen Kanzler niederstürzten. Im gleichen Sinn hatte ist es Ausgang 1916 in einer Eingabe an die leitenden Stellen als das größte Verdienst Bethmanns bezeichnet, trotz ungestümen Drängens alldeutscher, schwerindustrieller, junkerlicher und militärischer Kreise den Krieg mit Amerika verhindert zu haben. Die Entscheidung zu Gunsten des rücksichtslosen Unterseebootkrieges, welche den Krieg mit Amerika in unentrinnbarem Gefolge hatte, fiel nicht auf die Withelmstraße, wo Januar 1917 die Spatzen von den Dächern pfiffen: „Gemacht wird er doch." Die Entscheidung fiel vielmehr im Großen Hauptquartier. Sie gingen auf Männer zurück, welche gewiß den besten Willen hatten und ehrliche Patrioten waren. Aber es war eben unser Unheil, daß über die größten weltpolitischen und wirtschaftlichen Fragen, die unseres Volkes Wohl und Wehe umschlossen, letzthin Militärs entschieden, welche ihrer ganzen Vorbildung nach europäisch kontinental eingestellt waren, denen weltpolitische und weltwirtschaftliche Gesichtspunkte, insbesondere die Grundlagen der angelsächsischen Macht, die Grundzüge der angelsächsischen Volksseele, der Freiheitsschwung auf Seiten unserer Gegner und die tiefeinschneidende Bedeutung der Blockade fernste lagen oder unbekannt waren. Sie unterschätzten 1917 Amerika, so wie 1914 England. Einer ihrer hervorragendsten Männer bezeichnete die Mitwirkung Amerikas im Kriege „gleich Null". Für Bethmann handelte es sich doch nur um die Frage, den rücksichtslosen Unterseebootskrieg zu schlucken oder zu gehen. Wenn er das erste tat, so mögen auf ihn wie auf so viele kluge und vorsichtige Männer die „Fachleute" nicht ohne Einfluß geblieben sein, welche das Blaue vom Himmel herunter versprachen, jedenfalls die Erledigung Englands bis Juli oder August. Vielleicht mag bei Bethmann und seinen Kollegen im Unterbewußtsein die Erinnerung an jene Zeiten mitgewirkt haben, da der „Minister" Diener eines fremden allerhöchsten Willens war. So kam jener Entschluß zustande, welcher den Sieg über den Krieg und den Wendepunkt unseres Schicksals bedeutete, ein Entschluß, vor den sich jetzt Herr von Bethmann in ritterlicher Weise stellt.

Die Sozialdemokraten in den Reichslanden.

Zu der Frage, was aus Elsaß-Lothringen werden soll, schreibt die sozialdemokratische „Mülhauser Volkszeitung":

Was die Eventuallösung durch Bildung eines neutralen Pufferstaates angeht, so können wir uns dafür nicht erwärmen. Diese kleinen staatlichen Gebilde sind bisher mehr Puffer als Staaten gewesen, sie waren politisch der Spielball der Großen und wirtschaftlich abhängig ohne Entwicklungsmöglichkeiten. Dazu kämen die deutschen und französischen Erwartungen, von denen jeder für sich eine Vorzugsstellung in dem neu gebildeten Staat fordern würde. Bei wirklicher Neutralität wären beide sehr bald enttäuscht und verärgert, was sich nach berühmten Mustern in wirtschaftlicher Bedrängung äußern würde. Belgien und Griechenland sind keine beneidenswerten Vorbilder für derartige Neubildungen, auch Luxemburgs Vergangenheit ist nicht verlockend. Was aber die Schweiz anbetrifft, so liegt deren Bildung so weit zurück, daß ein Vergleich mit ihr nicht mehr gezogen werden kann. Aber auch sie hat in den letzten Jahren als Pufferstaat keine Seide gesponnen.

Es bleibt schon nichts anderes übrig, als im Interesse der wirtschaftlichen Entwicklung einem großen Nationalstaat anzugehören, der allen Entwicklungsmöglichkeiten gerecht wird. Elsaß-Lothringen gehört seit beinahe fünfzig Jahren dem deutschen Wirtschaftsleben als integrierender Bestandteil an. Ohne großen Schaden für beide Teile kann dieses Verhältnis nicht gelöst werden. Ein neutraler Pufferstaat vermag dies am wenigsten.

Vermischte Nachrichten.

WTB. Berlin, 6. November. In Hamburg sind die Betriebe ausständig. Es ist zu Disziplinlosigkeiten und gewaltsamen Uebergriffen gekommen. Gleiches wird aus Lübeck gemeldet. Abgesehen von Ausschreitungen in einigen Werken ist Privateigentum nicht beschädigt oder angetastet worden. Die Bevölkerung ist nicht gefährdet.

Berlin, 6. Nov., abends. (Nichtamtlich.) Ueber die Lage in Kiel erfahren wir von zuständiger Stelle folgendes: Der militärische Schutz der Ostsee durch die Marine ist lückenlos hergestellt. Alle auslaufenden Kriegsschiffe führen die Kriegsflagge. Die Bewegung unter den Matrosen und Arbeitern ist in ruhigere Bahnen zurückgekehrt.

Die Mannschaften der Marine bemühen sich, Ordnungswidrigkeiten entgegenzutreten. Es folgt allmählich allgemeine Abgabe der Waffen. Privathäuser und Geschäfte blieben ebenso wie Lazarette und Krankenhäuser unbehelligt. Die Banken sind fast alle im Betrieb. Die Verpflegung in den Kasernen und auf den Schiffen wird in der bisher gewohnten Weise durchgeführt. Die Lebensmittelversorgung der Zivilbevölkerung ist bisher nicht gestört. Die Betriebe sind noch im Ausstand. Die Bevölkerung ist ruhig.

Budapest, 6. November. Wie nunmehr feststeht, sind bei der Eisenbahnkatastrophe, die gestern nacht im Bahnhof Rakoz stattfand, 29 Personen getötet und 67 schwer verletzt worden. Die Katastrophe wurde dadurch verursacht, daß, als der Zug Rakoz passiert hatte, plötzlich eine Achse brach. Der Wagen lenkte sich und entgleiste. Er wurde von den Zügen in voller Fahrt befindlichen Wagen vollkommen zertrümmert. Die meisten Toten sind russische Kriegsgefangene, die auf den Puffern der Wagen reisten. Diese wurden infolge des ungeheuren Anpralles unter die Räder des Wagens geschleudert.

*

oc. **Muß Baden die Preußen verhalten?** Zu dieser Frage schreibt der Bürgermeister von Donaueschingen Landtagsabg. Schon indem er sich gegen das Gerede wendet, wir müssen angeblich bei der Ernährung die Preußen mitschleppen: Unser Ländchen Baden, das 38 Prozent seiner ganzen Kulturfläche mit Wald bestanden hat, ist schon wegen dieser Eigenart außerstande, seine Bevölkerung zu ernähren. Ja, wenn die Tannenzapfen Wirste wären! Ueberschußgebiet ist Baden nur in Holz und, wenn die Ernte gut ausfällt, auch in Obst. Auf allen anderen Versorgungsbeieten ist Baden vom Vorrate der anderen und zwar, nicht von dem Tische der Nachbarn im Osten, der Schwaben oder der Bayern, sondern von dem „verrufenen Preußen" angewiesen. der uns Kartoffeln, Korn, Butter, Eier, und — es ist nicht zu glauben, — auch Schlachtvieh liefert. . . . So also sieht es mit dem preußischen Mitesser aus, von dem mancher Unverständige spricht.

— **Ein ungeheurer Preissturz** steht in Oesterreich bevor. Man befürchtet in dieser Richtung sogar, daß, sobald die Grenze nach der Schweiz geöffnet wird, ein geschäftlicher Zusammenbruch eintritt. Fachleute betonen, daß besonders in Webwaren Oesterreich selbst die Schuld trage, da hier Hunderttausende von Kilogramm Ware aufgespeichert und nur ganz kleine Raten jeweils freigegeben worden seien. Sobald diese aufgespeicherten Riesenmengen die Lager verlassen, müsse ein Preissturz erfolgen, der Millionenverluste zur Folge haben werde. In der ganzen Seidenbranche droht ein solcher Preissturz. Schweizer Firmen überschwemmen den österreichischen Markt mit Angeboten, die, an den jetzigen Preisen gemessen, geradezu lächerlich sind. Es liegen, wie zuverlässig versichert wird, Angebote von 2—8 Kronen für den Meter Fertigstoffe vor. Dabei war halbwegs brauchbare Seide bis in die letzten Tage unter 150 Kronen für den Meter kaum zu haben. Weiter wird gemeldet, daß Samthüte, die ja im Frieden schon ansehnliche Preise zeigten und für die zuletzt bis 150 Kronen das Stück bezahlt wurden, von Schweizer Firmen für 3 Kronen das Stück angeboten werden.

Aus Baden.

Zur Neuordnung in Baden.

oc. **Karlsruhe**, 4. Nov. Der Geschäftsführende Ausschuß der Fortschrittlichen Volkspartei hielt am Samstag hier eine Sitzung ab, in der die durch das Entgegenkommen der Regierung geschaffenen Lage erörtert wurde. Der Geschäftsführende würde, Belgien und Griechenland sind keine beneidenswerten Vorbilder für derartige Neubildungen, auch Luxemburgs Vergangenheit ist nicht verlockend. Was aber die Schweiz anbetrifft, so liegt deren Bildung so weit zurück, daß ein Vergleich mit ihr nicht mehr gezogen werden kann. Aber auch sie hat in den letzten Jahren als Pufferstaat keine Seide gesponnen.

Es bleibt schon nichts anderes übrig, als im Interesse der wirtschaftlichen Entwicklung einem großen Nationalstaat anzugehören, der allen Entwicklungsmöglichkeiten gerecht wird. Elsaß-Lothringen gehört seit beinahe fünfzig Jahren dem deutschen Wirtschaftsleben als integrierender Bestandteil an. Ohne großen Schaden für beide Teile kann dieses Verhältnis nicht gelöst werden. Ein neutraler Pufferstaat vermag dies am wenigsten.

Vermischte Nachrichten.

WTB. Berlin, 6. November. In Hamburg sind die Betriebe ausständig. Es ist zu Disziplinlosigkeiten und gewaltsamen Uebergriffen gekommen. Gleiches wird aus Lübeck gemeldet. Abgesehen von Ausschreitungen in einigen Werken ist Privateigentum nicht beschädigt oder angetastet worden. Die Bevölkerung ist nicht gefährdet.

Berlin, 6. Nov., abends. (Nichtamtlich.) Ueber die Lage in Kiel erfahren wir von zuständiger Stelle folgendes: Der militärische Schutz der Ostsee durch die Marine ist lückenlos hergestellt. Alle auslaufenden Kriegsschiffe führen die Kriegsflagge. Die Bewegung unter den Matrosen und Arbeitern ist in ruhigere Bahnen zurückgekehrt.

Die Mannschaften der Marine bemühen sich, Ordnungswidrigkeiten entgegenzutreten. Es folgt allmählich allgemeine Abgabe der Waffen. Privathäuser und Geschäfte blieben ebenso wie Lazarette und Krankenhäuser unbehelligt. Die Banken sind fast alle im Betrieb. Die Verpflegung in den Kasernen und auf den Schiffen wird in der bisher gewohnten Weise durchgeführt. Die Lebensmittelversorgung der Zivilbevölkerung ist bisher nicht gestört. Die Betriebe sind noch im Ausstand. Die Bevölkerung ist ruhig.

Budapest, 6. November. Wie nunmehr feststeht, sind bei der Eisenbahnkatastrophe, die gestern nacht im Bahnhof Rakoz stattfand, 29 Personen getötet und 67 schwer verletzt worden. Die Katastrophe wurde dadurch verursacht, daß, als der Zug Rakoz passiert hatte, plötzlich eine Achse brach. Der Wagen lenkte sich und entgleiste. Er wurde von den Zügen in voller Fahrt befindlichen Wagen vollkommen zertrümmert. Die meisten Toten sind russische Kriegsgefangene, die auf den Puffern der Wagen reisten. Diese wurden infolge des ungeheuren Anpralles unter die Räder des Wagens geschleudert.

*

oc. **Muß Baden die Preußen verhalten?** Zu dieser Frage schreibt der Bürgermeister von Donaueschingen Landtagsabg. Schon indem er sich gegen das Gerede wendet, wir müssen angeblich bei der Ernährung die Preußen mitschleppen: Unser Ländchen Baden, das 38 Prozent seiner ganzen Kulturfläche mit Wald bestanden hat, ist schon wegen dieser Eigenart außerstande, seine Bevölkerung zu ernähren. Ja, wenn die Tannenzapfen Wirste wären! Ueberschußgebiet ist Baden nur in Holz und, wenn die Ernte gut ausfällt, auch in Obst. Auf allen anderen Versorgungsbeieten ist Baden vom Vorrate der anderen und zwar, nicht von dem Tische der Nachbarn im Osten, der Schwaben oder der Bayern, sondern von dem „verrufenen Preußen" angewiesen. der uns Kartoffeln, Korn, Butter, Eier, und — es ist nicht zu glauben, — auch Schlachtvieh liefert. . . . So also sieht es mit dem preußischen Mitesser aus, von dem mancher Unverständige spricht.

— **Ein ungeheurer Preissturz** steht in Oesterreich bevor. Man befürchtet in dieser Richtung sogar, daß, sobald die Grenze nach der Schweiz geöffnet wird, ein geschäftlicher Zusammenbruch eintritt. Fachleute betonen, daß besonders in Webwaren Oesterreich selbst die Schuld trage, da hier Hunderttausende von Kilogramm Ware aufgespeichert und nur ganz kleine Raten jeweils freigegeben worden seien. Sobald diese aufgespeicherten Riesenmengen die Lager verlassen, müsse ein Preissturz erfolgen, der Millionenverluste zur Folge haben werde. In der ganzen Seidenbranche droht ein solcher Preissturz. Schweizer Firmen überschwemmen den österreichischen Markt mit Angeboten, die, an den jetzigen Preisen gemessen, geradezu lächerlich sind. Es liegen, wie zuverlässig versichert wird, Angebote von 2—8 Kronen für den Meter Fertigstoffe vor. Dabei war halbwegs brauchbare Seide bis in die letzten Tage unter 150 Kronen für den Meter kaum zu haben. Weiter wird gemeldet, daß Samthüte, die ja im Frieden schon ansehnliche Preise zeigten und für die zuletzt bis 150 Kronen das Stück bezahlt wurden, von Schweizer Firmen für 3 Kronen das Stück angeboten werden.

Aus Baden.

Zur Neuordnung in Baden.

oc. **Karlsruhe**, 4. Nov. Der Geschäftsführende Ausschuß der Fortschrittlichen Volkspartei hielt am Samstag hier eine Sitzung ab, in der die durch das Entgegenkommen der Regierung geschaffenen Lage erörtert wurde. Der Geschäftsführende würde, Belgien und Griechenland sind keine beneidenswerten Vorbilder für derartige Neubildungen, auch Luxemburgs Vergangenheit ist nicht verlockend. Was aber die Schweiz anbetrifft, so liegt deren Bildung so weit zurück, daß ein Vergleich mit ihr nicht mehr gezogen werden kann. Aber auch sie hat in den letzten Jahren als Pufferstaat keine Seide gesponnen.

Es bleibt schon nichts anderes übrig, als im Interesse der

---

ern aus dem Parlament oder aus dem Volk notwendig, um ihr Regierung den volkstümlichen Charakter zu geben und ihr das Vertrauen der breiten Massen dauernd zu sichern. Ferner wird werde die angekündigte Erweiterung der Befugnisse des Landständischen Ausschusses bei den Linken keine Gegenliebe finden. Auch über eine zeitgemäße Reform der Ersten Kammer schweige sich die Regierung noch vollständig aus.

* * *

Weitere Einschränkung des Fremdenverkehrs.

Karlsruhe, 5. Novbr. Nachdem der Staatssekretär des Kriegsernährungsamtes sich damit einverstanden erklärt hatte, daß der Fremdenverkehr für einzelne Ortschaften bis zum 31. Dezember 1918 vollkommen ausgeschaltet werden darf, wurden die badischen Kommunalverbände vom Ministerium ermächtigt, die Dauer des Aufenthalts für Fremde noch weiter einzuschränken oder die Aufnahme von Fremden völlig zu untersagen. Von diesen Anordnungen werden nicht betroffen solche Personen, deren Aufenthalt auch bisher an eine bestimmte Frist nicht gebunden war, insbesondere Fremde, deren Aufenthalt durch Berufs- oder Erwerbsnotwendigkeit begründet ist, ferner Fremde, welche von nahen Verwandten unentgeltlich beherbergt werden, sowie kranke Personen. Bei letzteren ist die Aufenthaltsdauer beschränkt und von einem ärztlichen Zeugnis abhängig.

* * *

oc. **Karlsruhe**, 4. Nov. In der am Samstag hier abgehaltenen Sitzung der nationalliberalen Mitglieder der beiden Kammern des badischen Landtages wurde zusammen mit dem Geschäftsführenden Ausschuß der nationalliberalen Partei folgendes Telegramm an den Reichskanzler gerichtet: „Mit banger Sorge verfolgen wir den Kampf um die Person des Kaisers. Unser Volk erblickt in dem Träger der Kaiserkrone die Verkörperung des Reichsgedankens als Sinnbild deutscher Einheit und Größe. Die Erhaltung des Kaisertums ist eine Lebensnotwendigkeit und eine Ehrensache des deutschen Volkes."

oc. **Durlach**, 1. Nov. Das Weinrestaurant zum „Weinberg" ging durch Kauf zum Preis von 170 000 Mark in den Besitz der Schweinehändler Friedrich Lieber Eheleute über.

oc. **Eberbach**, 6. Novbr. In der Neckargegend bei Zwingenberg werden schon seit Jahren auf dem badischen Jagdgebiet eine große Anzahl von Fischreiher gehegt, um das Ansterben der Fischreiher im Neckartal zu verhüten. Die Fischreiher haben sich aber so schnell vermehrt, daß in den Fischertreisen des Neckartales und bei den Fischpächtern der Kleinfischwasser Klagen über die Plage der Fischreiher herrschen.

oc. **Weisenbach**, (Murgtal), 6. Novbr. Zu dem schweren Unglücksfall, der sich letzter Tage auf dem hiesigen Bahnhof ereignet hat, wird noch berichtet, daß die dabei verunglückte Geschäftsfrau Hartmann aus Rotenfels ihrer Menschenfreundlichkeit zum Opfer gefallen ist. Die Schaffnerin wollte einer alten Frau beim Einsteigen behilflich sein. Die Frau konnte aber infolge ihres Alters und ihrer schweren Bürde nicht vom Trittbrett wegkommen. Der Zug setzte sich in Bewegung, die Schaffnerin rutschte aus und kam unter den Zug. Nach Rastatt verbracht mußte der Verunglückten beide Füße amputiert werden.

oc. **Kehl**, 5. Nov. Die Ungewißheit der kommenden Verhältnisse veranlaßte Ueberängstliche schon jetzt von Straßburg fortzuziehen. So sieht man in der Nachbarstadt allenthalben Möbelwagen stehen, die nach Freiburg, Karlsruhe, Baden-Baden, Frankfurt a. M., München und Stuttgart bestimmt sind. Natürlich wird infolge der verstärkten Nachfrage nach Möbelwagen der Preis für den einzelnen Umzug beeinflußt und man berichtet, daß ein mittlerer Möbelwagen von Straßburg bis Frankfurt a. M. 1500 Mk., das dreifache wie im Frieden kostet.

oc. **Unterkulterau** bei St. Blasien, 4. Nov. Durch Feuer wurde das Sägewerk der Gebrüder Thoma vollständig zerstört.

oc. **Konstanz**, 5. Nov. In Egg geriet die 13jährige Tochter des Landwirts Merkt aus eigener Unvorsichtigkeit in die noch in Gang befindliche Trommel der Dreschmaschine. Das Mädchen erlitt so schwere Verletzungen, daß es starb.

Aus dem Breisgau und Umgebung.

* **Emmendingen**, 7. Nov. In aller Stille feierte gestern im Kreise der Seinen Herr Gustav Thiehnaus, Prokurist der Firma Adolf Sexauer, seinen 70. Geburtstag. Seit dem Jahre 1895 weilt der beliebte Jubilar als Mitbürger in unserer Stadt. Möge ihm, dessen treffliche Losung: Wohltuntun und mitzuleiden und Not zu lindern heißt ein schöner Lebensabend beschieden sein. Unsere herzlichsten Glückwünsche hierzu.

:: **Kenzingen**, 6. Nov. Tagesordnung zur Schöffengerichtssitzung am Freitag, den 8. November 1918: Es kommt zur Verhandlung 1. um 10¼ Uhr die Strafsache gegen Müller Ludwig Sigwalt in Schönau i. E. wegen Vergehens gegen den Verkehr mit Obst, 2. um 10½ Uhr die Strafsache gegen Mathias Raiff Ehefrau, Anna geb. Enderle in Herbolzheim wegen Diebstahls.

oc. **Freiburg**, 7. November. In einer öffentlichen Versammlung der Fortschrittlichen Volkspartei sprach Reichstagsabg. Prof. Dr. von Schulze-Gavernitz über die politische Lage, wobei er u. a. zur Kaiserfrage sagte, die große Mehrheit des Reichstages bis weit in die Reihen der Sozialdemokratie hinein stehe auf monarchischem Boden. Die neue Regierung habe eine furchtbare Erbschaft übernommen, doch müsse man dem deutschen Volk die Kraft zutrauen, daß es das Reich aus den schwierigen Zeiten unversehrt in eine bessere Zukunft führe. Ein starkes Heer sei gewiß notwendig, doch dürften in der Politik nicht die leitenden und letzten Entschlüsse vom Militär getroffen werden. Man habe die eigenen Kräfte überschätzt und alles auf die Menschenkraft gesetzt. Mit Genugtuung sprach der Redner davon, daß in der neuen Regierung so viele Süddeutsche seien; Preußen sei endlich daran, in Deutschland aufzugehen.

* **Waldkirch**, 6. Novbr. Die hiesige Volksschule zeichnete zum 9. Kriegsanleihe 5600 Mk. Für Laubhen gingen 800 Mk. ein wovon 150 Mk. zu Weinachtsgaben für die Truppen bestimmt wurden.

:: **Prechtal**, 6. Nov. Heute Vormittag wurde in Oberprechtal der frühere Bürgermeister Ambros Burger zur letzten Ruhe bestattet. Diese Jahre bekleidete er das in der weitausgedehnten Gemeinde doppelt schwierige Amt des Bürgermeisters, das ihn sein Alter zwang, daselbe an eine jüngere Kraft abzugeben. Er hatte ein Alter von 76 Jahren erreicht.

Kathol. Gottesdienst in Emmendingen

Donnerstag, den 7. Nov. 4 Uhr nachm.: Beichtgelegenheit; 5.30 Uhr abends: Kriegsandacht, nachher Betstunde.

Freitag, den 8. Nov.. 7 Uhr morgens: Feierliches Herz-Jesu-Amt.

Druck und Verlag der Druck- u. Verlagsgesellschaft vorm. Dittler in Emmendingen. Geschäftsinhaber K. Eppig u. Wilh. Jundt.
Verantwortlicher Redakteur: Otto Leichmann. Emmendingen.

Bekanntmachung.

Den Verkehr mit Milch und Milcherzeugnissen betr.

In Abänderung der Bekanntmachung vom 12. April 1918 (Amtsblatt Nr. 11 vom 20. April 1918) werden die Milchpreise im Kommunalverbandsbezirk Emmendingen mit sofortiger Wirkung wie folgt festgesetzt:

Erzeugerpreis für Vollmilch beträgt in allen Orten des Kommunalverbandsbezirks mit Ausnahme von Ottoschwanden, Freiamt und Obersexau mit Staudenhöfen

ab Stall 35 Pfg. pro Liter
ab Sammelstelle 37 „ „
in Ottoschwanden, Freiamt und Obersexau mit Staudenhöfen 1 Pfennig weniger.

Liefert eine Ueberschußgemeinde 90 v. H. der auf sie umgelegten Milchmenge und darüber, so erhöht sich bei guter Beschaffenheit der Milch der Höchstpreis der Milch für die gesamte Lieferung, und zwar bei einer Lieferung von 90 bis 100 v. H. der Sollmenge um 1 Pfennig, von 100 bis 110 v. H. um 2 Pfennig, von 110 bis 120 v. H. um 3 Pfennig und von 120 v. H. und darüber um 4 Pfennig für das Liter Vollmilch.

Bei der Auszahlung des erhöhten Preises durch den Sammler ist denjenigen Kuhhaltern, welche nach Feststellung des Vertrauensmannes ihre Lieferungspflicht nicht erfüllt haben, obwohl sie dazu im Stande waren, ein Zuschlag nicht zu gewähren.

Verbraucherpreis für Vollmilch beträgt beim Verkauf ab Verkaufsstelle in allen Gemeinden mit Ausnahme von Emmendingen, Endingen, Kenzingen, Freiamt, Ottoschwanden und Obersexau mit Staudenhöfen

für das Liter 40 Pfennig
in der Stadt Emmendingen ab Verkaufsstelle
für das Liter 44 Pfennig
in Endingen und Kenzingen ab Verkaufsstelle
für das Liter 42 Pfennig
in Freiamt, Ottoschwanden und Obersexau mit Staudenhöfen ab Stall für das Liter 36 Pfennig

Erzeugerpreis für Magermilch oder Buttermilch beträgt in allen Orten des Bezirks 22 Pfennig

Verbraucherpreis für Magermilch oder Buttermilch beträgt in allen Orten des Bezirks 28 Pfennig

Diese Preise sind Höchstpreise im Sinne des Höchstpreisgesetzes und des § 11 der bad. Verordnungen vom 26. November 1917 bezw. vom 27. Februar 1918, die Versorgung mit Milch und Speisefetten betr. Schließlich weisen wir noch darauf hin, daß im Falle der zwangsweisen Wegnahme der Milch dem Kuhhalter nach § 14 Abs. 1 Satz 2 der Verordnung vom 26. November 1917 ein geringerer Preis als der Höchstpreis zu vergüten ist.

Emmendingen, den 5. November 1918.

Kommunalverband.

* * *

Höchstpreise für Butter und Butterschmalz betr.

Auf Grund der Verordnung des Kriegsernährungsamts vom 25. August 1917 über die Preise für Butter (Reichsgesetzblatt S. 731), der hierzu erlassenen Ausführungsbestimmungen der Reichsstelle für Speisefette vom 11. Juli 1918 und 25. Oktober 1918 (Reichsanzeiger Nr. 162 vom 12. Juli 1918 und Nr. 255 vom 26. Oktober 1918), sowie auf Grund des Höchstpreisgesetzes vom 4. August 1914 (Reichsgesetzbl. S. 339) in der Fassung der Bekanntmachungen vom 17. Dezember 1914 (Reichsgesetzbl. S. 513), 21. Januar 1915 (Reichsgesetzbl. S. 25), 23. März 1916 (Reichsgesetzbl. S. 183), 22. März 1917 (Reichsgesetzbl. S. 253) und 8. Mai 1918 (Reichsgesetzbl. S. 305) werden unter Aufhebung unserer Bekanntmachungen vom 27. Februar 1918 (Staatsanzeiger Nr. 49 vom 28. Februar 1918) und vom 14. Mai 1918 (Staatsanzeiger Nr. 112 vom 16. Mai 1918) folgende Höchstpreise festgesetzt:

1. für 1 Pfund Süßrahmtafelbutter beim Verkauf durch den Hersteller frei seiner nächsten Station einschließlich Verpackung 3 M 25 ₰ und beim Weiterverkauf im Kleinhandel 3 M 60 ₰.

Unter Süßrahmtafelbutter ist nur Butter erster Beschaffenheit zu verstehen, hergestellt in regelmäßig betriebenen Molkereien, welche den gesammelten süßen Rahm mindestens dreimal in der Woche verbuttern;

2. für 1 Pfund s

Bekanntmachung.

Wegen Rückganges der Milchlieferung kann jetzt und für die Folge eine unserer Milchverkaufsstellen täglich nicht mit Haushaltungsmilch beliefert werden, und zwar erhält:

am 6. Nov.	die Verkaufsstelle	Reinbold	keine Haushaltungsmilch
am 7. „	„ „ „	Leonhardt	„ „
am 8. „	„ „ „	Bader	„ „
am 9. „	„ „ „	Jester	„ „
am 10. „	„ „ „	Schnurr	„ „
am 11. „	„ „ „	Sick	„ „
am 12. „	„ „ „	Höfflin	„ „
am 13. „	„ „ „	Faller	„ „
am 14. „	„ „ „	„Mamiegesellschaft„	„ „

Vollmilch für Kinder und Kranke kann noch wie bisher abgegeben werden.

Wir bitten außerdem zu berücksichtigen, daß die übrigen 8 mit Haushaltungsmilch bedienten Verkaufsstellen der Milchknappheit wegen demnoch zu Abzügen gezwungen sein können.

Emmendingen, den 5. November 1918.

Städt. Lebensmittelamt.

Dürr.

Bekanntmachung.

Durch Ausgabe des Metallnotgeldes sind die Notgeldscheine zu 10, 20 und 50 Pfg., welche größtenteils bis zur Unkenntlichkeit abgegriffen sind, entbehrlich geworden.

Die Inhaber öffentlicher Handelsgeschäfte und Verkaufsstellen sowie Bäcker, Gastwirte, Metzger u.s.w. werden ersucht, dieselben bis auf weiteres in Zahlung zu nehmen und alsdann sortiert und abgezählt in Packungen zu 50 bzw. 100 Stück an die Stadtkasse abzuliefern.

Als Ablieferungstag wird jeweils wöchentlich Donnerstag nachmittag bestimmt.

Alle Scheine auch die beschädigten werden eingelöst, wenn mindestens die nummerierte Hälfte abgegeben wird.

Die Umwechslung und Einlösung bitten wir in aller Ruhe vorzunehmen, da keine Gefahr des Verlustes besteht. Die Umwechslung einzelner Scheine bitten wir wegen dem gegenwärtigen starken Geschäftsverkehr bei der Stadtkasse zu unterlassen.

Emmendingen, den 4. November 1918.

Die Stadtverrechnung:

Weiß.

Bekanntmachung.

Die Zuweisung von Zucker zur Weinverbesserung, 1918 betr.

Wir verweisen auf die Bekanntmachung des Kommunalverbandes Emmendingen vom 23. v. Mts. in obigem Betreff. abgedruckt in den Breisg. Nachrichten Nr. 257 vom 4. ds. Mts.

Anmeldungen auf Zuweisung von Weinzucker sind hiernach spätestens bis Montag, den 11. ds. Mts. abends 6 Uhr bei der Zuckergeschäftsstelle des Kommunalverbandes in Kenzingen Firma Hch. Mayer-Geramin Nachfolger einzureichen. Spätere Anmeldungen werden nicht mehr berücksichtigt.

Emmendingen, den 5. November 1918.

Das Bürgermeisteramt.

Meßm.

Fortschrittliche Volkspartei

Emmendingen.

Einladung

zu der am **Samstag, den 9. ds. Mts. abends 8 Uhr** im Saale des Hotel Post hier stattfindenden Mitgliederversammlung der Fortschrittlichen Volkspartei Emmendingen.

Unsere Parteigenossen werden hierdurch gebeten, vollzählig zu der obigen Mitgliederversammlung zu erscheinen.

Tagesordnung:

1. Bericht über die am Sonntag, den 27. Oktober in Karlsruhe stattgefundene Tagung des Parteiausschusses.
2. Besprechung über die am 17. November in Offenburg stattfindende Landesversammlung und deren Tagesordnung
3. Empfangsnahme der zur Landesversammlung notwendigen Einlasskarten.

In Anbetracht der Wichtigkeit der Tagesordnung wird dringend um pünktliches und zahlreiches Erscheinen gebeten.

Der Vorstand
der
Fortschrittlichen Volkspartei Emmendingen
i. A. Max Bloch.

Bekanntmachung.

Auf Grund des § 71 der Reichsgetreideordnung für die Ernte 1918 (Reichsgesetzblatt Seite 435 ff) wurde die Mühle des Paul Fähr in Wyhl wegen Unzuverlässigkeit in der Befolgung der ihm durch die Reichsgetreideordnung auferlegten Pflichten mit sofortiger Wirkung geschlossen.

Selbstversorger dürfen demgemäß ihr Brotgetreide, Gerste, Hafer und Mais in dieser Mühle nicht mehr mahlen lassen.

Emmendingen, den 4. November 1918.

Kommunalverband.

Freiwillige Grundstücksversteigerung.

Auf Antrag der Erben der ledigen Karoline Buderer von Emmendingen wird das derselben gehörige Wohnhaus am **Freitag den 8. November 1918, Nachmittags 2 Uhr** im Geschäftszimmer des Gr. Notariats I hier, einer öffentlichen Versteigerung ausgesetzt, wobei der Zuschlag erfolgt, wenn mindestens der Anschlag geboten wird.

Beschreibung des Grundstücks

Lgb. Nr. 1357: 3 a 58 qm Hausgarten und Hofraite mit auf der letzteren stehendem einstöckigem Wohngebäude mit Balkenkeller und angebauten Holzremise.

Anschlag 10000 Mk.

Emmendingen, den 30. Oktober 1918

Großh. Notariat I.

Für unsere Aluminium-Abteilung suchen wir

8-10 Mädchen oder Frauen

Aluminium G. m. b. H.

Teningen, Walzwerk.

Landwirte,

schützt den Winterroggen vor schlechtem Auflaufen und vor Auswinterung durch Beizung mit Fusarol, beizt den Saatweizen mit Formalin oder Uspulun.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme beim Heimgange unserer unvergesslichen Gattin, Tochter, Nichte, Schwiegertochter und Schwägerin

Frau Else Atorf

geb. Raeder

sprechen wir von Herzen unseren Dank aus.

Emmendingen den 7. November 1918.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:

Franz Atorf, Hauptmann d. L.

Todes-Anzeige.

Tiefbetrübt teilen wir Verwandten, Freunden und Bekannten die schmerzliche Nachricht mit, dass unser lieber Sohn, Bruder und Schwager

Adolf Kummlin

heute früh ½1 Uhr, nach längerem Leiden, im Alter von 27 Jahren, sanft im Herrn verschieden ist.

Um stille Teilnahme bitten

Emmendingen, den 7. November 1918.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:

Familie Karl Kummlin.

Die Beerdigung findet am Samstag, den 9. November, nachmittags 2 Uhr, vom Trauerhause, Westend 2, aus statt.

Dies statt besonderer Anzeige.

Todes-Anzeige.

Schmerzerfüllt machen wir Verwandten und Freunden von Nah und Fern die traurige Mitteilung, dass unser guter, unvergesslicher Sohn, Bruder, Schwager und Onkel

Landsturmmann

Adolf Mühlemann

am 27. September infolge schwerer Verwundung im Alter von 28 Jahren fürs Vaterland gestorben ist.

Sexau, den 6. November 1918.

Im Namen der trauernden Angehörigen:

Johann Georg Mühlemann, Hofbauer
Eberbächle
und Familie.

Die Gedächtnisfeier findet am Sonntag, den 10. November, nachmittags 2 Uhr, in der Kirche zu Sexau statt.

Danksagung.

Für die vielen aufrichtigen Beweise herzlicher Teilnahme beim Hinscheiden unseres lieben Vaters, unserer Mutter, Bruder, Schwägerin Schwager,, Onkel und Tante

Arnold Brucker, Bäckermeister

und Frau

Maria Magdalena Brucker

geb. Oberle

sagen wir allen herzlichsten Dank. Besonders sagen wir dem Hochwürdigen Herrn Geistlichen, der ehrwürdigen Krankenschwester, sowie der Gesamteinwohnerschaft von Köndringen und Umgebung unseren innigsten Dank.

Köndringen, den 6. November 1918.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:

Heinrich Hopp, Freiburg i. Br.
Guntramstr. 52.

Breisgauer Nachrichten

Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- u. Feiertage.
Bezugspreis: durch die Post frei ins Haus Mk. 2.27 das Vierteljahr, durch die Austräger frei ins Haus 90 Pfg. den Monat.
Anzeigenpreis: die einspalt. Kleinzeile oder deren Raum 20 Pfg., bei öfterer Wiederholung entsprechender Nachlaß, im Reklameteil die Zeile 40 Pfg. Bei Platzvorschrift 20% Zuschlag. Beilagengebühr das Tausend 6 Mk.
Telegramm-Adresse: Dürer, Emmendingen.

Verkündigungsblatt der Stadt Emmendingen.

Beilage:
Amtliches Verkündigungsblatt des Amtsbezirks Emmendingen und der Amtsgerichtsbezirke Emmendingen und Kenzingen.
Verbreitet in den Amtsbezirken Emmendingen (Kenzingen), Breisach, Ettenheim, Waldkirch und am Kaiserstuhl.

Wochen-Beilagen:
Amtliches Verkündigungsblatt des Amtsbezirks Emmendingen (Amtsgerichtsbezirke Emmendingen und Kenzingen)
Ratgeber des Landmanns (4seitig m. Bildern).
Breisgauer Sonntagsblatt (8seitig m. Bildern).
Monats-Beilage:
Der Wein- und Obstbau im badisch. Oberland, besonders für das Markgräflerland u. den Breisgau.

Verantwortl.: Emmendingen 3, Freiburg 1392.

Nr. 261 (Evang.: Claudius) Emmendingen, Freitag, 8. November 1918. (Kath.: 4 Gek. Märt.) 53. Jahrgang

Die Einleitung des Waffenstillstandes.

WTB. Berlin, 7. Nov. (Amtlich.)

Folgender Funkspruch ist diese Nacht von deutscher Seite hinausgegangen.

Die Deutsche Oberste Heeresleitung auf Anordnung der Regierung an Marschall Foch:

Nachdem die deutsche Regierung im Auftrage des Präsidenten der Vereinigten Staaten benachrichtigt ist, daß Marschall Foch ermächtigt ist, beglaubigte Vertreter der deutschen Regierung zu empfangen, um ihnen die Waffenstillstandsbedingungen mitzuteilen, sind folgende Bevollmächtigte ernannt: General der Infanterie von Gwendell, Staatssekretär Erzberger, Gesandter Graf Oberndorf, General von Winterfeldt und Kapitän zur See Vanselow.

Die Bevollmächtigten bitten um Mitteilung durch Funkspruch, wo sie mit Marschall Foch zusammentreffen können. Sie werden begleitet sein von Kommissaren und Dolmetschern nebst Unterpersonen und im Kraftwagen an dem zu bezeichnenden Orte eintreffen.

Die deutsche Regierung würde es im Interesse der Menschlichkeit begrüßen, wenn mit dem Eintreffen der deutschen Delegation an der Front der Alliierten eine vorläufige Waffenruhe eintreten könnte.

Marschall Foch hat darauf geantwortet:

An das deutsche Oberkommando:

Wenn die deutschen Bevollmächtigten mit Marschall Foch wegen des Waffenstillstandes zusammentreten wollen, mögen sie sich bei den französischen Vorposten auf der Straße Chimay-Fourmies-La Chapelle-Guise einfinden. Es sind Befehle erlassen, sie zu empfangen und sie an den für die Zusammenkunft bestimmten Ort zu geleiten.

Der deutsche Tagesbericht.

WTB. Großes Hauptquartier, 7. Nov.

Westlicher Kriegsschauplatz:

Nordöstlich von Oedenvarde stießen Franzosen über die Escaut; durch Gegenangriff warfen wir sie zurück. Zwischen Schelde; durch Gegenangriff warfen wir ihn zurück. Zwischen rung unserer am 4. November eingeleiteten Bewegungen durch heftige Angriffe zu verhindern. Der Schwerpunkt dieser Angriffe lag nordöstlich von Valenciennes südlich der nach Mons führenden Straße, bei Bavay und Aulnoy u. an der Sambre. In mehreren wechselvollen Kämpfen hielten unsere Truppen dem feindlichen Ansturm stand. Der Feind stand am Abend bei Cuincrain am Waldrande von Bavay, östlich von Aulnoy, westlich von La Capelle. Zwischen der Oise und der Aisne hat der Gegner die Linie Bervins-Rozoy erreicht. Beiderseits von Rethel hat er die Aisne überschritten und stand am Abend in Linie Lassigny—Roynon—Perrien und nördlich von Tourteron. Zwischen Aisne und Maas folgte er bis Vendresse und Mouzon.

Auf dem Ostufer der Maas setzte der Amerikaner seine heftigen Angriffe fort. Es gelang ihm, einen Brückenkopf östlich von Dun zu errichten. Wir brachten den Feind an den Waldungen östlich von Murvaux und Fontaines zum Stehen. Oestlich von Stony hat die bewährte brandenburgische 328. Inf.-Division ihre Stellungen voll behauptet.

Der Erste Generalquartiermeister Gröner.

Ein Ultimatum der Sozialdemokratie.

Berlin 7. Nov. Die Parteileitung der sozialdemokratischen Partei hat heute noch einmal die Gesamtlage besprochen und Ebert und Scheidemann beauftragt, dem Kanzler folgendes zu erklären:

Die sozialdemokratische Partei fordert, daß

1. die Versammlungsverbote für heute aufgehoben werden,
2. Polizei und Militär zur äußersten Zurückhaltung angehalten werden,
3. daß die preußische Regierung sofort im Sinne der Reichstagsmehrheit umgestaltet wird,
4. daß der sozialdemokratische Einfluß in der Reichsregierung verstärkt wird,
5. daß die Abdankung des Kaisers und der Thronverzicht des Kronprinzen bis morgen Mittag bewirkt werden.

Werden diese Forderungen nicht erfüllt, so tritt die Sozialdemokratie aus der Regierung aus.

Gleichzeitig ergeht eine neue Mahnung an die Arbeiter zur Besonnenheit. Weitere Nachrichten sollen bis morgen nachmittag abgewartet werden.

Das vorstehende Ultimatum der sozialdemokratischen Partei wurde heute nachmittag kurz nach 5 Uhr dem Reichskanzler Prinzen Max zugestellt. N. B. L.

Unruhen im Reich.

Die Matrosenunruhen in Kiel.

Zu Unruhen ist es am Sonntag in Kiel gekommen. Am Nachmittag fand auf dem großen Exerzierplatz eine Versammlung statt, an der sich Marinemannschaften und Arbeiter beteiligten und auf der ein Führer der Unabhängigen Sozialdemokratie eine Ansprache hielt. Nach Beendigung der Versammlung bildete sich ein Zug, der auf seinem Wege in die Stadt die Mannschaften aus der Waldwiese herausholte, die Wirtschaft erheblich zerstörte und sich verschiedener Waffen bemächtigte. Der Zug bewegte sich dann über das Sophienblatt, am Bahnhof vorbei, wo eine Patrouille entwaffnet wurde, durch die Holstenstraße, über den Markt und die Dänische Straße nach der Brunswiker Straße. Unterwegs drangen Leute in Wirtschaften ein, um die darin weilenden Marinemannschaften und Arbeiter aufzufordern, sich ihnen anzuschließen. Das Ziel des Zuges war die Militärarrestanstalt in der Feldstraße. Die vom dritten Geschwader wegen schwerer Gehorsamsverweigerung dort untergebrachten Gefangenen sollten mit Gewalt befreit werden. An der Ecke der Karlsstraße und der Brunswiker Straße bei der Hoffnung war die Straße durch Militär abgesperrt. Der Befehl des Offiziers forderte die Menge zum Auseinandergehen auf. Die Kundgeber drangen trotzdem vor. Darauf gab der führende Offizier Befehl zum Feuern. Es wurden acht Personen getötet und 20 verwundet. Aus der Menge wurde ebenfalls geschossen und mit Steinen geworfen. Der Führer der Militärabteilung wurde durch einen Schuß in den Kopf schwer verwundet. Die Menge floh entsetzt auseinander und vermochte sich nicht wieder zu sammeln. Weitere Ruhestörungen fanden im Laufe des Abends und in der Nacht nicht statt. (Köln. Ztg.)

Der Gouverneur von Kiel hat der „Frankf. Ztg." zufolge die Wünsche der Marinetruppen entgegengenommen, um neues Blutvergießen zu vermeiden. Die ganze Garnison unternahm am 4. ds. nachmittags, anläßlich der Freilassung der Gefangenen des dritten Geschwaders einen großen Umzug durch die Stadt. Im Zuge wurden rote Fahnen getragen. Die Demonstranten zogen nach dem Bahnhof, um den Staatssekretär Haußmann und den Reichstagsabgeordneten Noske abzuholen, die von der Regierung nach Kiel gesandt worden sind.

Das „Hamb. Fremdenblatt" meldet der „Köln. Ztg." zufolge unterm 5. ds. aus Kiel: Zur Vervollständigung des Ausschusses sind die Reichstagsabgeordneten Haase und Ledebour telegraphisch nach Kiel berufen worden. Auf dem Linienschiff „Kaiser" (Königs?) verteidigten die Offiziere mit der Pistole in der Hand die deutsche Kriegsflagge, wurden aber durch die Mannschaften bezwungen, die dann die Kriegsflagge herunterholten und die rote Flagge hißten. Von den Offizieren sind zwei tot, darunter der Kommandant, und mehrere verwundet. Von vier Infanteriekompagnien, die heute nacht in Kiel ankamen, haben sich sofort drei der Bewegung angeschlossen. Die vierte wurde entwaffnet. In den Nachtstunden kamen Husaren von Wandsbek angeritten, wurden aber eine Stunde vor Kiel von den Marinemannschaften mit Maschinengewehren empfangen und zur Umkehr gezwungen. Der Soldatenrat hat beschlossen, daß die Offiziere in den bisherigen Stellungen verbleiben sollen, sich aber den Anordnungen des Soldatenrates zu fügen haben. Der Befehl, den Offizieren das Kommando abzunehmen, wurde vormittag rückgängig gemacht und ausdrücklich betont, man müsse unter allen Umständen den Offizieren eine menschenwürdige Behandlung zuteil werden lassen. Der Gouverneur, Admiral Souchon, wurde Montag abend nach dem Bahnhof geholt und dort mehrere Stunden festgehalten, weil man vermutete, daß noch mehr Truppen von auswärts kommen würden. Die Lebensmittelkontrolle liegt in den Händen des Soldatenrates. An verschiedenen Stellen der Stadt stehen Maschinengewehre. Die Bürger können vollständig frei verkehren. In Kuxhaven und Wilhelmshaven blieb bisher alles ruhig.

Eine weitere Kieler Meldung besagt: Am Montag abend fand eine Versammlung der Matrosen mit dem Gouverneur und Staatssekretär Haußmann als Vertreter der Regierung statt; bei den Beratungen wurde ein Teil der Forderungen der Matrosen erfüllt. Staatssekretär Haußmann sagte weiteres Entgegenkommen zu. Es herrscht Ruhe und Ordnung. — Dem „Berl. Tageblatt" zufolge ist Staatssekretär Haußmann gestern wieder aus Kiel in Berlin eingetroffen, während der Abgeordnete Noske in Kiel geblieben ist. Gestern abend fand eine Sitzung des Kriegskabinetts statt, in der Haußmann über die Kieler Vorgänge berichtete. (g. K.)

WTB. Berlin, 7. Nov. Von zuständiger Stelle wird über die Lage in der Provinz folgendes mitgeteilt: Die Unruhen haben sich auf einige weitere Orte ausgedehnt. In Bremen wurden auf dem Marktplatz von einem unabhängigen Sozialisten, der vor wenigen Tagen aus dem Gefängnis entlassen worden war, und von einigen Militärpersonen Reden gehalten und zur Bildung einer sozialistischen Republik und eines Arbeiter- und Soldatenrates aufgefordert. Der Befreiung von Militärgefangenen schloß sich die Oeffnung auch der Zivilgefängnisse an. In den großen Werken ist alles ruhig. Auf den Straßen herrscht Ordnung. Zwischenfälle wurden nicht gemeldet. Für heute Abend ist auf einer Versammlung Liebknecht als Redner angemeldet. In der Sitzung der Bürgerschaft stand ein Antrag der Sozialdemokraten auf Einführung des gleichen und direkten Wahlrechtes zur Erörterung. Der Senat soll sich seine Entschließung vorbehalten haben.

Aus Hamburg wird gemeldet: Das Zentralbüro des Hamburger Arbeiter- und Soldatenrates teilt folgendes mit: Sämtliche amtlichen und militärischen Gebäude sind besetzt. Die Nahrungsmitteldepots werden bewacht, Plünderer werden mit sofortigem Erschießen bestraft. Zur Zeit finden Verhandlungen mit dem Senate statt. Der Zugverkehr ist bis auf zwei Züge eingestellt. Das Post- und Telegraphenamt waren bis zur Stunde nicht besetzt. Die Leitung der Bewegung hat einen Aufruf an die Bevölkerung erlassen, Ordnung und Ruhe aufrechtzuerhalten. Nach vorliegenden Meldungen ist dies im ganzen nicht gelungen. Es wurden Schüsse abgegeben. Kleinere Truppenkörper, die sich verteidigten, wurden durch die Masse der Ausständigen gewaltsam gezwungen, Gefolgschaft zu leisten. An mehreren Stellen der Stadt sind Mißhandlungen und Morde vorgekommen, u. a. drangen Ausständige in eine Wohnung in der Lincolnstraße ein, aus der auf herumgehende Soldaten geschossen worden sein sollte und töteten zwei Frauen als angeblich Schuldige, indem sie ihnen die Kehle durchschnitten. Wahrscheinlich werden alle Theater und Restaurants vom 7. November ab geschlossen. Die ganze Nacht vom 6. zum 7. November fielen in einzelnen Teilen der Stadt Schüsse. Das „Hamburger Echo" erscheint jetzt als Organ der Ausständigen unter dem Titel „Die rote Fahne". Es veröffentlicht folgende Bekanntmachung an die Bevölkerung Hamburgs und Altonas: Alle Zivilpersonen müssen von heute (7. November) ab von 6 Uhr abends von der Straße sein. Jede Zivilperson, die sich in der Zeit von 6 Uhr abends bis 7 Uhr morgens auf der Straße aufhält, wird erschossen.

In Cuxhaven ist es zu keinen ernsteren Unruhen und Ausschreitungen gekommen.

In Kiel wurde der Stadtkommandant Kapitän zur See Helme in der Nacht vom 5. zum 6. November von einer Patrouille, die den Befehl hatte, ihn wegzuführen, erschossen, da er sich angeblich diesem Befehl widersetzt hatte.

Einmarsch bayrischer Truppen in Tirol.

WTB. Innsbruck, 6. Nov. (Nichtamtl.) Die Innsbrucker Nachrichten bringen an der Spitze ihrer heutigen Mittagsnummer folgende Meldung:

Das bayerische Kriegsministerium in München übermittelte dem Präsidenten des Tiroler Nationalrates am 5. November um ½11 Uhr nachts folgende Depesche:

Die Waffenstillstandsbedingungen zwischen Oesterreich und der Entente zwingen uns, zu der Sicherung unserer Landesgrenzen Truppen nach Tirol zu schicken. Gleichzeitig sollen diese Truppen mithelfen, um den Abzug aufgelöster österreichischer Heeresteile nach Osten zu fördern und das Land vor Zuchtlosigkeit zu schützen. Unsere Vorhuten überschreiten am 5. November die Grenze und starke Kräfte werden folgen. Wir kommen als Freunde und erwarten, daß uns bei unseren Bewegungen keine Hindernisse von Seiten des deutsch-österreichischen Nationalrates und der österreichischen Kommandobehörden in den Weg gelegt werden. Sollte das trotzdem der Fall sein, so sind unsere Truppen angewiesen, sich mit Waffengewalt den Weg zu bahnen.

Der kommandierende General: Krafft von Delmensingen.

*

Die Innsbrucker Nachrichten fügen hinzu: Der Waffenstillstand mit der Entente ist geschlossen und der deutsch-österreichische Nationalrat nahm ihn mit Bedauern zur Kenntnis. Die Bedingungen sind in Durchführung begriffen. Innsbruck hat Welsche auch danach bereits. Die Bevölkerung jedoch wird mit Rücksicht auf die bereits eingetretenen schlimmen Ereignisse an vielen Orten Tirols das Erscheinen deutscher Ordnungsmannschaften im Interesse des Landes und der herströmenden Soldaten, die selbst, gleich welcher Nation sie auch angehören mögen, unter der Unordnung schwer leiden, nur begrüßen.